Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 2000,— M., durch die Post bezogen monatlich 2000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650,— M. Einzelnummer 80,— M. Sonnabendnummer 100,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 200,— M., auswärts 250,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 800,— M., auswärts 1000,—, Ausland 1600 u. 5000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 60 M.

Nr. 37 | Dresden, Dienstag den 13. Februar 1923 | 34. Jahrg.

Noch keine Lösung

Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion — Erfolgloser Wahlgang

Nach der Eröffnung der heutigen Landtagssitzung erfolgt zunächst eine

Erklärung des Abgeordneten Wirth

In der Presse ist versucht worden, die Oeffentlichkeit über die Ursachen und den Charakter der gegenwärtigen Regierungskrise in Sachsen zu täuschen. Sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Kommunisten, die durch ihr leichtfertiges Vorgehen am 30. Januar den Rücktritt des Kabinetts veranlaßt und damit nicht nur eine Störung der geregelten Staatsverwaltung, sondern auch

schwere Schädigungen des sächsischen Volkes

herbeigeführt haben, versuchen jetzt, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei für ihre politischen Torheiten verantwortlich zu machen. Zu diesem Zwecke wird behauptet, die Sozialdemokratie habe durch ihre Politik in immer steigendem Maße das Mißfallen der Bevölkerung erregt. Ihre Weiterführung sei unmöglich geworden. Diese Behauptung wird schon durch die eine Tatsache Lügen gestraft, daß die seit zwei Jahren geführte Politik der rein sozialistischen Regierung trotz allen Anfeindungen, Verdrehungen und Verleumdungen im Wahlkampf bei den sächsischen Landtagswahlen durch die Wähler gerechtfertigt worden ist.

Wir erblicken in der Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu dem Mißtrauensantrag der Kommunisten nichts, als einen weiteren Versuch, die sozialistische, im Interesse der breiten Volksmassen tätige Regierung zu beseitigen, um den Besitzenden wieder eine ihnen nicht zukommende Machtposition im Staate zu schaffen.

Der Mißtrauensantrag gegen einen einzelnen Minister diente nur als Vorwand.

In den Versuchen, diesen wahren Tatbestand zu verschleiern, erblicken wir eine Irreführung und Unehrlichkeit.

Ebenso unehrlich ist die Haltung der kommunistischen Fraktion, die durch ihren Mißtrauensantrag den Absichten der Reaktion zu Hilfe kam, und das zu einer Zeit, wo wir uns in der schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Lage befinden, wo die nationalistische Tendenz unverantwortlicher Kreise die gegenrevolutionären Elemente stärken und die Interessen der Arbeiterklasse außerordentlich gefährden. Mit der unwahrhaftigen Parole: „Für die Arbeiterregierung" im Munde,

stürzt die Kommunistische Partei die bestehende Arbeiterregierung,

machte den Weg frei für die Reaktion und verhinderte so zum zweiten Male das Zustandekommen der Gemeindereform und anderer wichtiger Gesetze.

Die kommunistische Parole: „Bildung einer Arbeiterregierung" ist um so mehr eine bewußte Irreführung der Bevölkerung,

als die Kommunisten die Mitarbeit und Mitverantwortung in einer sozialistischen Regierung stets ablehnten.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei erblickt auf Grund des Wahlergebnisses vom 5. November 1922 auch heute noch in der Bildung einer

sozialistischen Regierung die einzige Möglichkeit,

dem Mehrheitswillen des sächsischen Volkes gerecht zu werden. Aus diesem Grunde schlägt sie zum Ministerpräsidenten Herrn Buck vor.

Darauf gab der Kommunist **Böttcher** eine Erklärung ab, in der er in der bekannten Weise eine Arbeiterregierung forderte und von den sozialistischen Führern sagte, daß sie das einzige Hindernis für eine solche seien.

An diese beiden Erklärungen schloß sich eine längere, zum Teil äußerst erregte Debatte, an der sich Redner aller Fraktionen beteiligten.

Die Sitzung mußte kurz vor 2 Uhr vom Präsidenten auf fünf Minuten vertagt werden, da der Kommunist **Bertz**, der das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung erhalten hatte, dieses aber in der gröblichsten Weise mißbrauchte, sich dem Präsidenten, der ihm das Wort entzog, nicht fügte.

In der Pause kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und den Kommunisten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde zunächst über einen Geschäftsordnungsantrag Dr. Kaiser (D. Vp.), die Wahl des Ministerpräsidenten auf nächsten Donnerstag zu vertagen, abgestimmt. Der Antrag wurde gegen die Volksparteiler abgelehnt.

Hierauf wurde zur **Abstimmung** geschritten.

Es wurden 94 Stimmen abgegeben. Davon erhalten:

Buck (Soz.) 40 Stimmen
Dr. **Kaiser** (D. Vp.) 19 Stimmen
Hofmann (Dnat. Vp.) 18 Stimmen
Dr. **Seyfert** (Dem.) 8 Stimmen
Böttcher (Komm.) 9 Stimmen.

Von den Genannten hat also keiner die absolute Mehrheit erhalten.

Die Wahl ist also wieder ergebnislos verlaufen.

Die Sitzung wird darauf auf eine Stunde vertagt, damit der Aeltestenausschuß zusammentreten kann.

Bevor die Sitzung vertagt wird, gibt noch Beutler (Dnat. Vp.) die Erklärung ab, daß seine Fraktion, falls die nächste Wahl wieder ergebnislos verlaufen sollte, die Auflösung des Landtages beantragen werde.

Die Heuchelei des Unternehmertums

Seit der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen ergeht sich die bürgerliche Presse täglich in einem Phrasenschwall von der Einheitsfront. Immer und immer wieder verlangt sie von der Arbeiterschaft, daß sie gemeinsam mit dem Unternehmertum gegen die französischen Machtgelüste ankämpfe. Die Sozialdemokratie hat in klarer Erkenntnis der Lage den Kampf gegen die Bestrebungen Poincarés aufgenommen. Allerdings kann für uns dabei die chauvinistische Tendenz, von der sich das Unternehmertum leiten läßt, nicht in Frage kommen. Das Drängen nationalistischer Kreise nach bewaffneter Abwehr des Poincarismus hat die Sozialdemokratie von Anfang an abgelehnt. Das nutzen rechtsstehende Kreise bereits wieder aus, um von neuem eine Dolchstoßlegende zu erfinden. Ist das auch faustdicker Schwindel, so rechnen diese Kreise doch mit denjenigen, die nicht alle werden.

Wo aber in Wirklichkeit die Leute sitzen, die tatsächlich den Dolchstoß gegen die deutsche Abwehrfront führen, das zeigt mit aller Deutlichkeit das nachstehende vertrauliche Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberverbandes, das uns vom Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, dem es ei ngünstiger Wind auf den Tisch wehte, übersandt wird. Das Rundschreiben, der neueste Attentatsplan der Unternehmer, hat folgenden Wortlaut:

Der Deutsche Arbeitgeberverband für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr.

Berlin, den 21. Januar 1923.

Vertraulich. **An die**
Herren Geschäftsführer der örtlichen Arbeitgeberverbände Schlesiens

Der Reichswirtschaftsrat beschloß die Ueberweisung des Arbeitszeitgesetzes an den Sozialpolitischen Ausschuß, damit dort eine Einigung erzielt wird. Wo Vertreter christlicher Gewerkschaften Reichswirtschaftsratsmitglieder sind, sind diese ihrerseits nach den von uns angegebenen Richtlinien zu beeinflussen, damit diese nicht mit den freien Gewerkschaften konform gehen.

Das von uns Ihnen zugesandte Material contra Achtstundentag muß möglichst mit nächster Post uns zugesandt werden.

Die von uns Ihnen im Rundschreiben Nr. 16/23 angegebenen Richtlinien gegen die freien Gewerkschaften werden immer noch nicht genügend beachtet. Auf alle Fälle müssen die Gegensätze zwischen Gelernten und Ungelernten durch die Lohnpolitik, die auch vor den Schlichtungsausschüssen mit Nachdruck zu vertreten ist, gespannter werden. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Delatoren (d. h. auf Deutsch Spitzel und Angeber. D. R.) aus den Reihen zuverlässiger Arbeiter und Angestellter, die uns gut gesinnt sind, erzogen werden müssen. Durch Geschenke und Nebengratifikationen werden sie unbewußt deprimiert und die uns genehme Aufklärung bei den Belegschaften leisten. Nach den bei uns eingegangenen Berichten können durch Propaganda gegen Zahlung zu hoher Beiträge bei den roten Gewerkschaften die besten Erfolge erzielt werden. Zur Zeit sind die freien Verbände noch im Besitz nicht unbedeutender Kampffonds, die ihnen gestatten, örtliche Kämpfe längere Zeit durchzuführen. Eine Schwächung der gewerkschaftlichen Finanzen könnte uns nur die Möglichkeit geben, die Arbeiterschaft nach der früheren Art zu entlohnen. Wo die Konjunktur nicht besonders günstig ist und finanzielle Verluste durch Schutzverbände gedeckt werden, müssen Streiks ausgedehnt werden, was die Kassen der Gewerkschaften bedeutend schwächen würde, was gleichbedeutend mit einer Lahmlegung der andauernden Lohnbewegungen zu betrachten ist. Denn nur stark fundierte rote Verbände können uns gefährlich werden.

Deshalb muß versucht werden, diese zu zersplittern und deren Mitglieder durch Delatoren von jeder erhöhten Beitragsleistung abzuhalten.

Wo mehrere Gewerkschaften in einem Betriebe vorhanden sind, müssen die finanziell am gefündesten bekämpft werden, denn diejenigen, die nur geringe Beiträge leisten, können uns nie unbequem werden, und sollen auch diese der Arbeiterschaft durch dritte Personen empfohlen werden.

Wo irgend vom Arbeitgeber Einfluß ausgeübt werden kann, müssen sich die Betriebsräte aus den kranken einschließlich christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen rekrutieren. Durch geschickte Operation lassen sich aber auch die Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaften beeinflussen, so daß diese selbst gegen jede Erhöhung der Beiträge sind. Dies agitiert an einzelnen Orten vortrefflich, ohne daß sich die Mehrzahl der Arbeiter deren Folgen bewußt ist.

Diese Taktik bei sich jeder bietenden Gelegenheit in Anwendung zu bringen, ist Pflicht jedes einzelnen Arbeitgebers.

Wir bitten, uns monatlich über die damit erzielten Erfolge sowie über jede Veränderung in den Arbeiter-Gewerkschaften zu berichten.

Auch das Material gegen den Achtstundentag muß weiter gesammelt werden, damit uns dieses reichlich zur Verfügung steht.

Die von der Generalversammlung in München beschlossenen Beiträge, 900 M. pro Vierteljahr und Arbeiter, sind im voraus, spätestens bis 30. Januar, an Dr. Brünner, Berlin W 9, Potsdamer Straße 4, zu senden. gez. Dr. v. Karger.

Das ist doch das schlimmste, was bisher an Demagogie geleistet wurde. Ausgerechnet zehn Tage nach der Besetzung des Ruhrgebietes unternehmen die Profitanbeter einen Vorstoß gegen die freien Gewerkschaften, von denen sie zu gleicher Zeit verlangen, daß sie sich gemeinsam mit dem Unternehmertum in die vorderste Linie des Abwehrkampfes gegen das Ruhrunternehmen Poincarés stellen sollen. Der Versuch, die Kampfkraft der Gewerkschaften in diesem Moment zu zersplittern, ist Landesverrat und bedeutet einen Dolchstoß gegen die Widerstandskraft des gesamten deutschen Volkes. Mit den niedrigsten Mitteln, mit der Heranziehung von Spitzeln und der Provozierung von Streiks versuchen diese Kreaturen das deutsche Volk in den Abgrund zu stürzen. Das ist das wahre Gesicht dieser Herrschaften!

In diesen Tagen gerade geht eine Teuerungswelle von nicht gekannter Größe über das Volk, die Kohlenzufuhr gerät infolge der Ruhrbesetzung mehr und mehr ins Stocken. Das alles berührt diese Gesellschaft gar nicht. Nur um ihren Egoismus zu frönen und ihre Sucht nach Profit zu stillen, wendet diese erbärmliche Gesellschaft in ihrem Vorgehen gegen die freien Gewerkschaften die schäbigsten Mittel an und setzt damit ihrem Treiben die Krone auf.

Die Heuchelei der Unternehmer erfährt aber noch eine besondere Charakterisierung durch einen Artikel unter der Ueberschrift: „Treue um Treue" in der Deutschen Arbeitgeberzeitung, in dem sie auf den Ernst der Stunde und die Notwendigkeit hinweist, daß alle Schichten der Bevölkerung zur Abwehr des Einbruchs ins Ruhrgebiet „fest zusammenhalten" müssen. Wie vereinbart sich diese Theorie mit der Praxis der Mitglieder des Unternehmerverbandes?

In der Geschichte des heldenhaften Abwehrkampfes des deutschen Volkes wird das geheime Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes vom 21. Januar 1923 für ewig ein Schandblatt bleiben.

•

Die Angelegenheit hat aber noch eine Kehrseite. Erst kürzlich auf dem Parteitag in Leipzig erließen die Kommunisten ein Manifest an alle Gewerkschafter, mit dem sie erneut die Zersplitterung der Gewerkschaften forcierten. Das Schreiben der Unternehmer zeigt deutlich, wohin die Reise geht. Sie haben ganz richtig herausgefunden, daß es für sie nur auf eine Schwächung der Gewerkschaften ankommen kann. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht. Und was tun die Kommunisten? Auch sie treiben in den Gewerkschaften eine Wühl- und Hetzarbeit, die geeignet ist, die Gewerkschaften zu zerstören. Für jeden Gewerkschafter muß das teuflische Beginnen der Unternehmer, die durch die Tätigkeit der Kommunisten nur allzu sehr Unterstützung finden, eine Warnung sein. Es geht ums Ganze! Gewerkschaftskollegen, aufgepaßt! Sammelt alle Kraft, um den Schlag des Unternehmertums abzuwehren. Kämpft gegen die Zersplitterungsbestrebungen der Kommunisten.

Aushungerung und Ausfuhrsperre

Telegramm unsres Sonderkorrespondenten

Dortmund, 12. Februar. Heute nachmittag erklärte mir ein ausländischer Journalist, der mit den Franzosen äußerst gute Fühlung hat: „Die maßgebenden Franzosen haben sich damit abgefunden, daß sie auch in den kommenden vier Wochen große produktive Vorteile aus dem Ruhrgebiet nicht erhalten." Stellt man diesen wohlüberlegten Satz in Zusammenhang mit den bisher bereits ergriffenen und neu angekündigten Okkupationsmaßnahmen, dann ergibt sich, daß die französische Besatzung ihre Aufgabe gleichzeitig als ein Problem technischer und psychologischer Art betrachtet. Die Franzosen und Belgier haben nach meinen Feststellungen die Hoffnung aufgegeben, das Ruhrgebiet durch eigenes Personal, ebensowenig aber durch direkte Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung produktiv zu gestalten und zielen deshalb jetzt darauf hin, durch die Anwendung technischer Maßnahmen die seelische Zermürbung der Widerstand leistenden Arbeiterschaft herbeizuführen.

Die Kohlensperre ist jetzt vollständig. Der Abtransport von Kohle in das Innere Deutschlands, wie er noch in den letzten Tagen, teilweise bis zu 30 000 Tonnen pro Tag, erfolgte, ist unterbunden. Die beladenen Wagen werden zu ihrem geringsten Teil von französischen Eisenbahnern abtransportiert; der Rest verbleibt im Innern des Industriegebiets. Mit dem Erlahmen des Abtransports in das Innere Deutschlands ist naturgemäß die Produktionsförderung automatisch zurückgegangen; denn unsre Bergarbeiter lehnen es ab, für die Franzosen und Belgier unter Bajonetten zu fördern. Statt Kohle zu produzieren, machen sie in einzelnen Gruben, deren Halden überfüllt sind, Ausbesserungsarbeiten.

Zu dem Versuch, die Lebensmittelversorgung zu unterbinden, kommt jetzt das Verbot der Ausfuhr metallurgischer Produkte, dem, wie ich zuverlässig erfahre, das Verbot der Ausfuhr von Rohmaterialien für die weiterverarbeitende Industrie aus Deutschland gegebenenfalls bald folgen soll. Diese Maßnahmen sollen schließlich zu einer Arbeitseinstellung führen, die deutsche Geschicklichkeit bisher abgewendet hat. Hunger und Arbeitslosigkeit braucht jetzt der französische Militarismus als Mittel zum Zweck.

Die Arbeiterklasse wird all den Drangsalierungen auch weiter heroischen Widerstand leisten.

•

Reichspräsident Ebert in Süddeutschland

Karlsruhe, 12. Februar. (W. T. B.) In einer Ansprache, bei der der Reichspräsident heute abend der hiesigen Bevölkerung für ihre lebhaften Huldigungen dankte, erklärte er u. a.: Wir müssen gegen einen mit allen militärischen Machtmitteln ausgerüsteten Gegner den Kampf führen als wehrloses Volk, einzig mit den Waffen des Rechts, des Geistes und der Arbeit. Nur unter Einigkeit und Mitarbeit aller können wir unser Ziel erreichen, das da heißt: Freiheit und Zukunft unsres Volkes. — Vertreter Württembergs und Badens und vieler Körperschaften erklärten einmütig ihre Treue zu Reich und Volksgemeinschaft. — In Offenburg erschien ein Delegierter der Interalliierten Rheinlandkommission beim Oberbürgermeister und erklärte, daß eine Reise des Reichspräsidenten ins besetzte Gebiet verboten sei; er werde mit Gewalt; am Betreten des besetzten Gebietes gehindert werden. Der Oberbürgermeister solle den Reichspräsidenten informieren — was der Oberbürgermeister ablehnte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230213/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG